



noch Pet 3-19-11-8222

SED-Opferbeauftragte sieht daher weiterhin Handlungsbedarf von Seiten der Politik, eine angemessene Lösung für die Betroffenen zu finden. Dieser Handlungsbedarf bestehe unabhängig davon, ob man der rechtlichen Bewertung der Petenten, die in Richtung einer fehlerhaften Anwendung des Rechts argumentierten, folge.

Am 25. Mai 2023 fand ein erweitertes Berichterstattergespräch zum Anliegen der Petition statt. An diesem nahmen unter anderem Abgeordnete des Petitionsausschusses, Vertreterinnen des BMAS und die SED-Opferbeauftragte teil. Gegenstand des Gesprächs waren die Erörterung der Sach- und Rechtslage sowie der Vorschlag der SED-Opferbeauftragten, eine öffentliche Anhörung zum Anliegen der Petition im Petitionsausschuss durchzuführen. In der Folge fand am 4. Dezember 2025 auf Einladung der SED-Opferbeauftragten ein Fachgespräch zum Anliegen der Petition statt. Neben Abgeordneten des Petitionsausschusses nahmen auch Vertreter der die Petition einreichenden Interessenverbände und weitere Zeitzeuginnen und Zeitzeugen an dem Gespräch teil. Zu rechtlichen Aspekten hielt Prof. Dr. Johannes Weberling einen Impulsvortrag.

Der Petitionsausschuss hat zudem der Bundesregierung erneut Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das BMAS nahm zunächst am 30. Januar 2019 umfangreich zur Petition Stellung. Die Stellungnahme wurde den Petenten bekannt gegeben, die daraufhin ihr Anliegen bekräftigten. In der Folge nahm das BMAS am 6. Mai 2020 und am 19. Januar 2023 erneut Stellung. Am 16. Juli 2025 bestätigte das BMAS, dass die in den drei Stellungnahmen gemachten Erklärungen weiterhin Gültigkeit haben.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss möchte zunächst seine Anerkennung gegenüber der Lebensleistung der DDR-Flüchtlinge und DDR-Altübersiedler zum Ausdruck bringen. Im Vorfeld von Flucht oder Ausreise waren diese und ihre Familien häufig zahlreichen politisch motivierten Repressalien ausgesetzt, wurden inhaftiert und waren Opfer sogenannter „Zersetzung“. Angekommen in der Bundesrepublik musste sich diese Personengruppe häufig aus dem Nichts ein völlig neues Leben aufbauen. Die sehr persönlichen Schilderungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in dem Fachgespräch mit der DDR-Opferbeauftragten am 4. Dezember 2025 haben den Ausschuss bewegt.